

2 Interregionalismus in der Politikwissenschaft

2.1 Interregionalismus in den Internationalen Beziehungen (IB)

Interregionale Kooperations- und Dialogmechanismen sind kein neuartiges Phänomen der internationalen Politik, Muster interregionaler Zusammenarbeit zählen seit rund vier Jahrzehnten zu ihrem Repertoire. Den Weg für Interregionalismus bereitet hat in erheblichem Maß die EU (bzw. ihre Vorläufer, soweit der Zeitraum vor 1993 gemeint ist). Erste Kontakte zu anderen regionalen Gebilden und Gruppen, darunter z.B. der in der ersten Hälfte der siebziger Jahre formierte Dialog mit arabischen Staaten oder die bekannte Lomé-Vereinbarung mit den AKP-Staaten von 1975, funktionierten noch auf einer spontanen, weitgehend unsystematischen Grundlage. Seit ihren Anfängen folgt interregionale Aktivität offenbar der Logik, Kontakte zwischen Regionen zu verstetigen, sie widerstandsfähig gegen von der systemischen Ebene ausgehende Verwerfungen und Irritationen zu machen. Neben dieser rein liberal-institutionalistischen Interpretation haben stets andere rationalistische Aspekte die Agenda interregionaler Politik beeinflusst. Demnach dient Interregionalismus dazu, mögliche Schieflagen in anderen institutionellen Schemata zu unterbinden und „voice opportunities“ zu erhöhen. War Interregionalismus in den siebziger und achtziger Jahren konzeptionell noch mit den auf der Bühne der internationalen Beziehungen eingerichteten sogenannten Gruppendialogen identisch, belegt die Zeitspanne seit den neunziger Jahren die gestiegene empirische Vielfalt und damit verbunden die Zunahme von konzeptioneller Komplexität (Hänggi et al. 2006a).

Anders als ein Großteil der Literatur anerkennt,²⁷ können unter dem Begriff des Interregionalismus nunmehr mehrere empirische Phänomene subsumiert werden. Dabei zeigt sich, dass sichtbar andere Formen den in den siebziger und achtziger

²⁷ Einen Unterschied zwischen Interregionalismus und hybriden Formen sehen verschiedene Autoren (Bendiek und Kramer 2009a, 2009b, 2009c, Telò 2009a: 99; Bendiek und Kramer 2010b). Hardacre (Hardacre und Smith 2009; 2010) fächert Interregionalismus auf, allerdings mit abweichender Terminologie und weniger komplex.

Jahren aufgekommenen Typ der Gruppendialoge im Verlauf der letzten einhalb Jahrzehnte überlagern und mitunter sogar ersetzen. Neben den Gruppendialogen, die als „biregionale/bilaterale“ (Rüland 2001) oder „reine“ (Hettne et al. 2010) Ausprägung von Interregionalismus geführt werden, sind allenfalls vier weitere Differenzierungen möglich (Hänggi 2006; Baert et al. 2014a; 2014b):

- Von transregionalen Interaktionen wird gesprochen, wenn die Wechselbeziehungen zwischen einer Regionalorganisation einerseits und einer Staatengruppe andererseits untersucht werden.²⁸ Im Unterschied zur biregionalen Form ist der Aufbau von koordinierenden institutionellen Strukturen empirisch beobachtbar. Diese transregionale Form liegt vor, wenn Staaten einbezogen werden, die nicht notwendigerweise Mitglieder einer Regionalorganisation sein müssen und davon abgesehen mehr als zwei Regionen zuzurechnen sind (Loewen 2003).
- Interaktionen zwischen Staaten, die interregionalen Austausch ohne Rückgriff auf ein übergeordnetes institutionelles Gerüst vollziehen, werden von einem weiteren Typus von Interregionalismus erfasst. Empirisch tritt diese Art interregionaler Interaktion in den Beziehungen zwischen Ostasien und Lateinamerika auf (Low 2006).

Neben diesen Formen, die in der Literatur als „Interregionalismus im engeren Sinne“ charakterisiert wurden, sind weitere Beziehungen zwischen Regionen auszumachen. Sie definieren „Interregionalismus im weiteren Sinne“.

- Abgedeckt werden demzufolge auch Beziehungen zwischen Staaten, Staatengruppen sowie Regionalorganisationen, die zwei oder mehr Regionen entstammen. Beispiele für diese Form von Interregionalismus sind die O-SZE, die APEC, das ASEAN Regional Forum oder der 2005 erstmals abgehaltene Ostasiengipfel (EAS).
- Schließlich betrachtet diese Typologie auch die Beziehungen einer Regionalorganisation zu einem Drittstaat als Interregionalismus. Hierfür fanden Autoren die Bezeichnungen „quasi-interregional“ (Hänggi 2006: 42) oder „hybrider Interregionalismus“ (Aggarwal & Fogarty 2004a: 5; Hettne et al. 2010: 256; Söderbaum & Stålgren 2010: 5). Neuerdings dringt die Bezeichnung „interregionalism without regions“ (Rüland & Bechle 2010) in die Literatur vor, weil zusehends Regionalorganisationen von den Bemühungen, interregionale Kontakte zu knüpfen, ausgeschlossen werden.²⁹ Bei aller

²⁸ Definiert werden kann Transregionalismus wie folgt: „Transregionalism as a concept can encompass a broader set of actor relationships than simply those among states. Any connection across regions – including transnational networks of corporate production or of nongovernmental organisations – that involves cooperation among any type of actors across two or more regions can in theory also be referred to as a type of transregionalism“ (Aggarwal und Fogarty 2004a: 5).

²⁹ Die vorgestellte Kategorisierung ist allerdings keine akademische Fingerübung (Baert et al. 2014b). Immer wieder in dieser Untersuchung wird auf die einzelnen Erscheinungsformen Bezug

durchaus berechtigten Kritik an einer solchen Interpretation bleibt festzuhalten, dass dies vor allem dann von Bedeutung ist, wenn der Drittstaat eine für die institutionelle Ausgestaltung der Region exponierte Stellung einnimmt. Dies gilt primär für die aufstrebenden Regionalmächte des globalen Südens. Natürlich darf nicht vernachlässigt werden, dass diese „quasi-interregionalen“ Beziehungen häufig ein Hemmnis für den institutionellen Fortschritt gerade auf der biregionalen Ebene darstellen. Gleichwohl können die Kategorien einander wechselseitig stimulieren.

Seit kurzem wird Kritik an dieser Form der Konzeptualisierung laut (Camroux 2011),³⁰ die sich auf zwei Aspekte konzentriert: Zum einen beanstandet sie, das unterstellte Interregionalismuskonzept nivelliere die ungleich entwickelte Akteursqualität der beteiligten Regionalverbünde und zum anderen äußert sie Zweifel an der Einordnung der EU als Protagonistin des „neuen Regionalismus“ bzw. der „dritten Generation“³¹ (Söderbaum & van Langenhove 2005). Denn die Feststellung des „Neuen“ habe somit auch die Entstehung eines „neuen“ Verhaltens zu implizieren, z.B. eben Interregionalismus (Camroux 2011: 202).

Eine Möglichkeit, solche Mängel zu entkräften, sehen diese Kritiker in der Erweiterung des von Putnam formulierten Modells der Zweiebenenspiele (Putnam 1988), das unterstellt hat, Regierungen seien permanent in zwei Verhandlungskorridore eingebunden: Einerseits treffen sie am nationalstaatlichen Verhandlungstisch auf Vertreter der Opposition, gesellschaftliche Gruppierungen, die Medien, Angehörige der Zentralbank usf. und befinden sich dort in der Interessensfindung. Andererseits versuchen sie am internationalen Verhandlungstisch zwischen dem innenpolitisch erzeugten Druck, für alle Seiten zufriedenstellende Ergebnisse zu erzielen, und den möglichen nachteiligen Folgen für ihre Außenpolitik zu navigieren. Nach Dafürhalten der Kritiker (Camroux 2011) stellt Interregionalismus somit lediglich einen weiteren Verhandlungstisch dar, an dem die beteiligten Akteure³² ihre Interessen zu wahren bestrebt sind.

Doch diese Kritik vermag nicht vollends zu überzeugen. Während es ihr noch gelingt, besser als die von ihr kritisierte Typologie auf Abstufungen in den Akteursbeziehungen aufmerksam zu machen, blendet sie systematisch die Unzulänglichkeiten aus, die bereits in Putnams Modell problematisch sind. Entspre-

genommen, sodass es plausibel ist, systematisch auf die empirische Vielfalt von Interregionalismus hinzuweisen (insbesondere im Hauptteil, Kapitel 4).

³⁰ Diese Überlegungen wurden bereits in früheren Publikationen angestellt, z.B. in einem Kapitel für den von Sales Marques et al. (2009) herausgegebenen Sammelband.

³¹ In neueren Arbeiten distanzieren sich die Autoren vom Generationenbegriff, da dieser eine Chronologie unterstellte, die faktisch nicht gegeben ist. Sie ziehen nunmehr „Varianten“ vor (van Langenhove 2011: 100).

³² Im Beispiel von Camroux Vertreter der EU-Kommission und auf der einen und Mitglieder der ASEAN-Präsidentschaft oder des ASEAN-Sekretariats auf der anderen Seite.

chend des rationalistischen Standpunkts geht das Modell vom strategischen Handeln der Akteure aus; tatsächlich können sie auch rhetorisch handeln (Schimmelfennig 1997: 227, 2001, 2003b), d.h. sie gebrauchen ihre normbezogenen Argumente strategisch.

Eine andere Schwachstelle in dem von Camroux (2011) entworfenen Modell ist, dass es den Stellenwert von Institutionen negiert. Wie in Putnams Zweiebenenspiel sieht es davon ab, den institutionellen Rahmen für die Interaktionen zu bestimmen. Die Verhandlungstische in Camroux' Modell (nationalstaatlich, international, regional und interregional) weisen jedoch unterschiedliche Wesenszüge auf. Institutionell abweichend strukturiert und deshalb mit mehr oder minder weitreichenden Kompetenzen ausgestattet, sind die von Camroux vorgeschlagenen Verhandlungskorridore je nach Themenbereich oder Problemlage besser oder schlechter für Konsultationen geeignet. Von der Variablen des „institutionellen Umfelds“ (Schimmelfennig 2000) hängt zudem ab, wie die beteiligten Parteien die Legitimität ihrer Haltung (z.B. ablehnend, neutral oder zustimmend) zu einem bestimmten Themengebiet beurteilen oder in welcher Rolle sie vornehmlich agieren: Im Rahmen der regionalen Verhandlungen kann diese anders gestaltet sein als am interregionalen Verhandlungstisch. Im interregionalen Rahmen können z.B. diverse Kulturen oder Praktiken der Kooperation aufeinander treffen. Die erzielten Ergebnisse müssen dann nicht allein einem Zusammenwirken von materieller Machtveranlagung und offensiver Interessenartikulation geschuldet sein; es ist durchaus möglich, dass ein bestimmter Kooperationsmodus ‚A‘ sich gegenüber einem anderen Kooperationsmodus ‚B‘ behauptet (bzw. nicht durchsetzt). Zusätzlich ist das Modell blind für die Auswirkungen von Lernprozessen, die sich durch die Teilnahme an Verhandlungen erzielen lassen.

Allgemein ausgedrückt zerfällt die politikwissenschaftliche Erforschung des Interregionalismus in zwei Strömungen: Ein erster Strang nähert sich dem Forschungsgegenstand aus einer akteursbezogenen Perspektive und fragt, wie ein Akteur in der internationalen Politik das Instrument des Interregionalismus einsetzt, um eine bestimmte außenpolitische Agenda zu realisieren. Nach dieser Lesart wird Interregionalismus benutzt, um zu zeigen, wie eine Regionalorganisation auf eine andere Regionalorganisation oder Gruppe von Staaten wirkt (Hettne & Söderbaum 2005; Bendiek & Kramer 2009a; 2009b; 2010b). Daneben bestehen spieltheoretisch fundierte Designs, die Interregionalismus als komplexe Mehrebenenspiele modellieren und derart die für Interregionalismus stabilisierende Funktion von Partikularinteressen nachweisen können (Aggarwal & Fogarty 2004b). Interregionalismus auf diese Art und Weise im Forschungsdesign zu verankern birgt Schnittmengen mit der Debatte um die Akteursqualität („ac-

torness“) ³³ von Regionalorganisationen (Doidge 2004; Bretherton & Vogler 2008).

Ein zweiter Strang bewegt sich analytisch auf der Makroebene und ist deshalb einer *polity*-Perspektive aufgeschlossen: Aus dieser Sicht begründet Interregionalismus demnach eine gesonderte Schicht der Politikformulierung und -implementation im Gefüge der internationalen Beziehungen, die anders funktioniert und beschaffen ist als z.B. regionale oder global-multilaterale Handlungszusammenhänge. Die miteinander verwobenen Prozesse der Internationalisierung von Volkswirtschaften (Zürn 1998; Beck 2007), mitunter voreilig als ökonomische Globalisierung ³⁴ interpretiert, und der Transnationalisierung von Politik regen eine zunehmend horizontal wie vertikal differenzierte Struktur des Regierens jenseits nationalstaatlicher Reichweite an, die folgende Schichten ³⁵ ausgebildet hat: Bilaterale, subregionale, regionale, interregionale und global-multilaterale Handlungszusammenhänge und Interaktionsmuster (Hänggi et al. 2006a: 12). ³⁶

³³ In der Debatte über die Konzeptualisierung der EU und ihrer Außenbeziehungen distanzieren sich manche Arbeiten vom „actorness“-Konzept (Toje 2011). Stattdessen plädieren sie dafür, die EU als „small power“ in einer intermediären Kategorie zwischen aufziehender Supermacht und vollständiger Ablehnung jedweder außenpolitischer Ambitionen einzuordnen. Anhand folgender Kriterien will sie messen, wie die „small power“ EU agiert: (1) Abhängigkeitsgrad, (2) Praxis der variablen Geometrie, (3) hohe Akzeptanz formaler Regeln und (4) ihre defensive Ausrichtung.

³⁴ Dieser Begriff ist von Globalismus zu trennen, der Globalisierung primär ökonomistisch unter Negierung oder zumindest Relativierung ihrer anderen Facetten (z.B. die politische, kulturelle oder soziale Dimension) fasst. Das begriffliche Zentrum des Globalismus sucht den Unterschied zwischen Politik auf der einen und Markt auf der anderen Seite zu verwischen, was darin Ausdruck findet, dass Staaten sowie die durch staatliches Handeln gesetzten Strukturen funktionieren sollen wie Akteure des Privatsektors bzw. deren Handeln. Vgl. hierzu Beck (2007: 26-27, 195-213).

³⁵ In dieser Arbeit treten synonym die Ausdrücke „Ebene“, „Handlungszusammenhang“ oder auch „Regimekomplex“ auf. Gerade die beiden ersten sind empirische Kategorien und werden damit nicht epistemologisch aufgeladen im Sinne einer Distanzierung der systemischen von der Ebene der Einheiten („unit level“). Ziel ist es, auszudrücken, dass Zugriffe auf die internationale Politik geschaffen werden, die zuvor nicht existent waren. „Regimekomplexität“ erstreckt sich auf mehr als in der einschlägigen Literatur (Alter and Meunier 2009; Drezner 2009b), wobei eine inhaltliche Differenzierung nicht beabsichtigt ist.

³⁶ Im weiteren Verlauf gebraucht die Arbeit zur Umschreibung dieser horizontal und vertikal differenzierten Struktur die Begriffe „komplexes Mehrebenensystem globalen Regierens“ oder das prägnante „global governance“ gleichbedeutend. Hiermit distanziert sich die Arbeit von der Lesart, die Formel „global governance“ normativ aufzuladen und mit einem politischen Programm gleichzusetzen. Es wird als hinreichendes Analyseraster verstanden, das das Regieren durch Regierungen („governance by governments“), das Regieren mit Regierungen („governance with governments“) und das Regieren ohne Regierungen („governance without governments“) gleichermaßen berücksichtigt. Bereits zu Beginn der neunziger Jahre lenkten Studien die wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf die letztgenannte Dimension Rosenau und Czempel (1992), bevor Michael Zürn (1998) in seiner einflussreichen Bestandsaufnahme des Regierens jenseits nationalstaatlicher Standards diesen Dreiklang gefunden hat. Mittlerweile ist „governance“ in den Grundwortschatz der politikwissenschaftli-

2.2 Interregionalismus als Teil von global governance

Interregionalismus als eigenständigen Handlungszusammenhang zu operationalisieren eröffnet die Möglichkeit, die eingangs angedeutete empirische Vielfalt, die das Erscheinungsbild interregionaler Aktivität heute bietet, weitaus differenzierter zu erschließen als es eine restriktive Auslegung in Gestalt der Gruppendialoge zulässt. Doch was bedeutet „Interregionalismus“?

Zunächst können unter der Bezeichnung „Interregionalismus“ alle zwischen Regionen auftretenden Interaktionen und dadurch in Gang gesetzten Prozesse verstanden werden. Freilich wirft bereits diese simple Definition Probleme auf. Umstritten ist z.B., wie die Operationalisierung von „Region“ ausfallen sollte, denn objektive Kriterien liegen hierfür nicht vor.³⁷ Vielmehr dürfte sich zunehmend die Einsicht durchgesetzt haben, bei Regionen weniger von geographischen Räumen³⁸ als von sozial konstruierten und deshalb politisch offenen Gebilden auszugehen (Mansfield & Milner 1999; Hurrell 2010c: 15; van Langenhove 2011).³⁹ Indes sind die Möglichkeiten einer externen Einflussnahme auf den Konstruktionsprozess im Unterschied zu dem Potential, das sich aus der Binnenstruktur ergibt, begrenzt: „Regions are more constructed from within than without“ (Acharya 2007: 630).⁴⁰ Für die erfolgreiche Ausbildung einer Region ist entscheidend, lokale Machtstrukturen in die Konstruktion einfließen zu lassen

chen Ausbildung eingegangen und hat einen beachtlichen Literaturkörper gebildet, auf den hier nur verwiesen werden kann (vgl. z.B. von Schuppert herausgegebene Publikationen (2006); Schuppert und Zürn 2008).

³⁷ Frühere Studien stellten weniger die Ausbildung einer neuen Ordnung, sondern eine differenzierte Melange – bestehend aus mehreren regionalen Sicherheitskomplexen – fest, die hinsichtlich ihrer Zusammensetzung und ihrer Binnenstruktur voneinander abwichen. Diese Ergebnisse bestimmen somit Auswahl und Operationalisierung der Kriterien zur Messung der regionalen Sicherheitskomplexe (Lake und Morgan 1997). Andere Studien bemühen sich um die Wiederbelebung von Deutschlands Konzept der „pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft“, das sie als Ausgangspunkt für die Formulierung eines Forschungsprogramms heranziehen (Adler und Barnett 2000: 5). In späteren Arbeiten tritt eine Theorie regionaler Sicherheitskomplexe auf. Demnach sind Regionen permanenten sicherheitsbezogenen externen Auswirkungen von anderen Regionen unterworfen. Ihr Umgang mit den Auswirkungen bestimmt, welche Form die Struktur ihres Sicherheitskomplexes annimmt (Buzan und Wæver 2003; Lake 2009b).

³⁸ Anders jedoch noch z.B. Huntington (1998: 203): „Die Region ist nicht eine politische oder kulturelle, sondern eine geographische Einheit. (...) Regionen sind eine Grundlage zwischenstaatlicher Kooperation nur in dem Umfang, wie Geographie und Kultur sich decken“.

³⁹ Umfang und Qualität der ihnen zugewiesenen Aufgaben, Rechte und Pflichten, die aus der Mitgliedschaft folgen, sowie organisatorische Belange sind somit nicht universal, sondern hängen von dem Wesen des Feldes ab, in das sie etabliert werden sollen (Hänggi et al. 2006a).

⁴⁰ Der seit den neunziger Jahren aufgekommene „new regionalism approach“ (NRA) weicht hiervon insofern ab, als er versucht, das Entstehen von regionalen Zusammenschlüssen mehr auf systemische Phänomene zu beziehen und weniger auf die innerhalb einer Region anzutreffenden Umstände (Warleigh-Lack et al. 2011; Plagemann und Destradi 2015).

(Acharya 2004b, 2009). Problematisch an der Bezeichnung „Region“ ist zudem die Nivellierung bestehender Unterschiede hinsichtlich der Akteursqualität der beteiligten Zusammenschlüsse. Methodologisch ausgedrückt beschreibt Interregionalismus somit eine Struktur, die sich von der regionalen Regelungsstruktur abgrenzt. Interregionalismus wird zur abhängigen Variablen der Rollen und Funktionen der an interregionaler Kooperation Beteiligten.

Ausgehend von der differenzierten Struktur, die das Gefüge der internationalen Beziehungen kennzeichnet, hat die Literatur in unterschiedlichen Studien zu zeigen versucht, wie der funktionale Beitrag von interregionalen Dialogmechanismen für das komplexe Mehrebenensystem globalen Regierens beschaffen ist. Nach den Erkenntnissen dieser Forschung ist ein auf verschiedenen theoretischen Einflüssen ruhendes Funktionenbündel anzunehmen, das beispielhaft für den in den zurückliegenden Jahren gewachsenen Stellenwert eklektizistischer Designs in der Disziplin ist (Sil 2000; Sil & Katzenstein 2008)⁴¹ und der aus der Literatur grundsätzlich positive Rückmeldung erfährt (Hemmer & Katzenstein 2002).⁴²

Bei diesen Funktionen handelt es sich um *Balancing*, *Institution-building*, *Rationalizing*, *Agenda-setting* sowie *Collective Identity Formation* (Rüland 1999, 2001, 2010). Während empirisch weitgehend unstrittig ist, dass Interregionalismus in der Entstehungsphase hauptsächlich Machtungleichgewichte zu relativieren oder reduzieren imstande ist, die im Anschluss vermehrt eine bestimmte Form der institutionalisierten Kooperation überlagert und auf die Bildung kollektiver Identität wirkt (Gilson 2005), bleibt den beiden anderen aus der institutionalistischen Literatur abgeleiteten Funktionen *Agenda-setting* und *Rationalizing* ein bestenfalls durchwachsenes Zeugnis auszustellen (Doidge 2004: Kapitel 5).⁴³ Seit einiger Zeit ist unübersehbar, dass das wissenschaftliche Interesse an interregionalen Dialogen deutlich nachgelassen hat.⁴⁴ Ein Motiv für diesen Rückgang

⁴¹ Analytischer Eklektizismus ist indes eine von mehreren Varianten pragmatischer Forschungslogik in den Internationalen Beziehungen (Friedrichs und Kratochwil 2009; Hellmann 2010).

⁴² Das kann aber kein Ersatz für die Entwicklung eines holistischen Ansatzes sein, der gegenwärtig nicht vorliegt. Eine zentrale Voraussetzung für einen derartigen Quantensprung, die Formulierung einer Theorie über ihren Gegenstand, erfüllt die Interregionalismusforschung nach Lage der Dinge ohnehin nicht (Hänggi et al. 2006a: 10).

⁴³ Für die Anwendung der Funktionen sei ergänzend auf folgende Literatur verwiesen: Hänggi (1999, 2003), Dent (2004).

⁴⁴ Nicht falsch, wohl aber verkürzt wäre dann das Niedergangsszenario des Interregionalismus (Hardacre 2010). Sicher stehen den Befürwortern die methodologischen Probleme im Forschungsdesign zur Seite (Stichwort „conceptual stretching“, vgl. Sartori 1970), doch beraubt sich eine derart restriktive Lesart der empirisch nicht zu leugnenden Vielfalt. In der Fachliteratur scheint dieser Trend mittlerweile angekommen zu sein. Nahm ein Standardwerk der EU-Außenbeziehungen in früheren Ausgaben ein eigenständiges Kapitel zu interregionaler Kooperation auf, führt sie in Neuauflagen lediglich ein Schattendasein (Hill und Smith 2011b). Positiv gewendet differenziert diese Literatur nur stärker als zuvor (Hill und Smith 2011b: Dritter Teil), doch abgesehen von oberflächlichen Andeutungen in einem Kapitel (Edwards 2011: 56-57) fehlt es an einer systematischen Verknüpfung

ist sicherlich deren durchgewachsene funktionale Leistungsbilanz. In der Literatur gewinnt die Sichtweise an Einfluss, dieses Forschungsfeld erreiche nunmehr seine konzeptionellen Grenzen. Manche Autoren gehen soweit, das Feld *grosso modo* als redundant zu betrachten (Robles 2008).⁴⁵ Der Trend, Prozesse der Politikformulierung und -umsetzung jenseits nationalstaatlicher Grenzbereiche weiterhin einer Logik des Institutionalisierens zu unterwerfen, hält zwar unverändert an und ist auf einigen Feldern sogar noch intensiviert worden; indes hat die darin enthaltene Dynamik keine qualitative Wertsteigerung von Institutionen verursacht, worin ein weiteres Motiv für das schwindende Interesse an Interregionalismus zu vermuten ist.

Stattdessen wendet sich die Literatur anderen Formen zu. In den Vordergrund gerückt sind zuletzt Spielarten von bilateraler Zusammenarbeit (Smith & Tsatsas 2002; Rüland & Bechle 2010; Kiatpongsan 2011).

Unter diesen Phänomenen sind auch strategische Partnerschaften zu finden. Hierbei handelt es sich um ein Instrument, dessen sich unterschiedliche Akteurstypen der internationalen Politik bedienen⁴⁶ und auf diese Weise beträchtliche Komplexität verursacht haben.

Für diese Komplexität ist auch die EU zu einem Gutteil verantwortlich zu machen. In den zurückliegenden Jahren hat sie mehrere ihrer Beziehungen mit dem Etikett einer „strategischen Partnerschaft“ qualifiziert. Diese Eigenschaft wurde sowohl etablierten als auch zunehmend „systemisch“ relevanten Regionalmächten.⁴⁷

Als Reaktion darauf hat sich ein beträchtlicher Literaturbestand entwickelt (Barroowa 2007; Jain et al. 2007, Jain 2007a, 2007b, 2008a; Bava 2008a; Biscop & Andersson 2008; Grevi & Vasconcelos 2008; Kavalski 2008; Sachdeva 2008, 2009; Wülbers 2008; Biscop & Renard 2009; Grevi 2010, 2011; Husar et al. 2010; Renard 2010; Gratius 2011b; Mukhopadhyay 2011, 2011; Gröning 2012; Peral & Sakhuja 2012; Renard & Biscop 2012; Whitman & Rodt 2012; Allen 2013; Reiterer 2013). Von Ausnahmen abgesehen (Seidelmann & Vasilache 2008, Bendiek & Kramer 2009a, 2009b, 2009c; Sales Marques et al. 2009; Telò

mit interregionaler Kooperation: Zwar haben die Autoren sie nicht so bezeichnet, trotzdem schließen sie Fallstudien zu hybrid-interregionaler Kooperation ein (Hill und Smith 2011b: Kapitel 13, Kapitel 16 und Kapitel 17).

⁴⁵ Für eine Entgegnung vgl. die Ausführungen von Rüland (2010; 2014).

⁴⁶ Vgl. Lessa (2010) für Brasiliens Katalog strategischer Partner und die unter Federführung von Crossick und Cameron verantworteten Forschungsprojekte über die Beziehungen zwischen der EU und China (Crossick et al. 2005; Crossick und Reuter 2008).

⁴⁷ Die Klassifizierung dieser Staaten ist ein schwieriges und weiterhin umstrittenes Unterfangen (Flemes 2010d), sie ergänzen das in der Diskussion etablierte, häufig von ökonomischen Gedanken getragene „emerging powers“ bzw. „emerging markets“ (LePere 2005; Jaffrelot 2009). Die Konzepte heben einander nicht auf.

2009b; Bendiek & Kramer 2010b) lag der Literatur allerdings nicht stark daran, ihre Erkenntnisse systematisch mit der Interregionalismusforschung zu verknüpfen.

2.3 Strategische Partnerschaften in der IB-Forschung

Kennzeichen dieser Literatur ist, die strategische Partnerschaft in den allgemeinen Kontext der jeweils betrachteten bilateralen Beziehungen einzubetten und deskriptiv die Perspektiven der von ihr erschlossenen Politikfelder auszuloten. Zwar sind diese Beiträge nicht ohne Wert für das Verständnis der Funktionslogik der bilateralen Beziehungsgeflechte, weil diese Arbeiten sehr kenntnisreich und empirisch dicht über den Entwicklungsstand zu informieren vermögen – indes verzichtet die ermittelte Literatur in der Mehrheit der Fälle darauf, eine theoriegeleitete Diskussion vorzunehmen.

Im Unterschied zur eindeutig vorherrschenden Auffassung in der Literatur werden die strategischen Partnerschaften zwischen der EU und aufstrebenden Regionalmächten hier als eine Form von Interregionalismus interpretiert (Bendiek & Kramer 2009c; Telò 2009a; Bendiek & Kramer 2010b; Grevi 2010). Aus theoretischer Sicht handelt es sich bei dieser Art von institutionalisierter Zusammenarbeit um die Verflechtungen einer Regionalorganisation mit einem einer anderen regionalen Gruppe zugehörigen Drittstaat. Der Aufbau von Institutionen innerhalb der strategischen Partnerschaften kommt seitens des Drittstaats weitgehend oder ausschließlich ohne Rückgriff auf einen regionalen Integrationsmechanismus zustande. Oftmals bleibt einem solchen Mechanismus eine ohnehin eher nachrangige Funktion beschieden, weswegen in der Literatur das Phänomen auftritt, einen einzelnen Staat mit einem regionalen Gebilde gleichzusetzen (van Langenhove 2011). Reduziert auf die Grundbedingungen handelt es sich um (im weiten Sinne) Interregionalismus, weil zwei Regionen miteinander interagieren, doch aufgrund der Asymmetrien auf der Akteursebene definieren strategische Partnerschaften eine hybride Ausprägung von Interregionalismus.

Die weiteren Abschnitte dieses Kapitels haben drei Funktionen: In einem ersten Schritt schließt dies eine Anatomie der in den zurückliegenden Jahren immer häufiger auftretenden Begrifflichkeit „strategische Partnerschaft“ ein. Darauf folgt ihre Operationalisierung mittels der Theorie „relationalen Kontraktualisierens“ (Lake 1996, 2007). Das Kapitel schließt mit einer Einordnung der strategischen Partnerschaften in gegenwärtige Trends der internationalen Beziehungen.

Definition

Wie kann der Terminus „strategische Partnerschaft“ definiert werden? Umstritten im Fachvokabular der Internationalen Beziehungen, gestaltet sich dessen Operationalisierung als anspruchsvolles Unterfangen (Schmidt 2010). Eine Ursache hierfür ist die Verbreitung beider Elemente im alltäglichen Sprachgebrauch. Hinzu kommt, dass darüber hinaus mehrere an die Politikwissenschaft grenzende Disziplinen⁴⁸ Zugriff auf die Begrifflichkeiten haben. Eine einheitliche Operationalisierung ist deshalb eine kaum zu bewältigende Aufgabe. Für die Definition von „Strategie“⁴⁹ und dem beigeordneten Adjektiv „strategisch“ macht Thomas Schelling den folgenden Vorschlag:

„A strategic move is one that influences the other person's choice, in a manner favorable to one's self, by affecting the other person's expectations on how one's self will behave“ (Schelling 1960: 160, vgl. auch Harrington 1987: 513).

Schellings inzwischen klassisch zu nennende Definition war vor allem für die spieltheoretisch geprägte Deutung von internationaler Politik richtungsweisend (Lake & Powell 1999a: 3, 8; 1999b). Von der in diesen Zugriffen zum Ausdruck kommenden sowohl metatheoretischen als auch methodischen Engführung setzen sich Arbeiten ab, die ein auf die gesamte Politikwissenschaft (allerdings unter Ausschluss der Teildisziplin der Internationalen Beziehungen) erstrecktes Verständnis von Strategie anstreben (Raschke & Tils 2007; 2010).

Im Unterschied zu den spieltheoretisch beeinflussten Definitionen optiert die Arbeit hier für eine mehr deskriptive Auslegung als

„involving deliberate longer-term policy, here with regard to external relations, which has been judged of importance for ‘the gaining of overall or long-term (...) advantage’ (...) to advance the interests and shape the paths for the twenty-first century“ (Scott 2007: 23).

⁴⁸ Siehe z.B. Lawrence (1987); Porter (1996); Barkawi (1998); Baylis (2001); Christensen (2006); Riemer (2007); Wagener (2010).

⁴⁹ Siehe z.B. auch die folgende Definition: „Loosely speaking, an actor's *strategy* describes one of the many possible ways that an actor could interact with the other actors in this [game tree, d. Verf.] arena. More precisely, a player's strategy specifies what the player would do in any contingency. One can, therefore, think of a player's strategy as a set of contingent statements which stipulate the action that that player would take in each and every place in a game tree (...) where it could have a decision to make“ (Powell 1999: 226-227, Hervorhebung dort).

Interregionale Beziehungen und strategische
Partnerschaften

Die EU, Indien und Brasilien in der internationalen
Politik

Drechsel, B.

2016, XV, 358 S. 5 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-11640-8